

Hoffnung auf Verträge. Die Art moderner Berichterstattung bringt es mit sich, daß manche Tatsachen solange gemeldet werden, bis sie keinen Neuigkeitswert mehr haben. Danach werden sie nicht mehr gemeldet und danach vergessen. Es ist also nicht mehr neu, daß in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands keine politische Partei — die SED allein ausgenommen — normal funktionieren kann. Ebensowenig neu ist die Tatsache, daß in der sowjetischen Zone freie Gewerkschaften niemals zugelassen worden sind.

Nun erinnert sich zwar kein Deutscher gern an das Abkommen von Potsdam, und doch ist das gerade heute von Nutzen, damit man ungefähr weiß, was von einer kommunistischen Regierung als Vertragspartner zu erwarten ist. Das Potsdamer Abkommen legte nämlich fest, daß „alle demokratischen Parteien einschließlich ihres Rechts auf öffentliche Versammlung und Diskussion in ganz Deutschland zuzulassen und zu fördern seien“ (Artikel II A, § 9). Es legte ferner fest, „daß — vorbehaltlich der Erfordernisse für militärische Sicherheit — Redefreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit erlaubt werden sollten und daß, unter gleichem Vorbehalt, die Bildung freier Gewerkschaften zuzulassen sei“ (Artikel II A, § 10).

Im Maße der Übereinstimmung zwischen diesen Sätzen und den Tatsachen in der sowjetischen Zone läßt sich also von einer kommunistischen Vertragstreue sprechen.

Film und Bildserie als „Nebenschule“. Die Schulkinder einer mittelgroßen Stadt (80000 Einwohner — 8000 Schulkinder) geben heute jährlich 250000 DM für überflüssige bzw. schädliche Freizeitgestaltung aus. Das Geld erhalten die Kinder von den Eltern als Taschengeld oder Prämie für gute Noten oder für freiwillige Hilfsleistungen. Von diesen 250000 DM fließen 104000 DM in die Kinokassen der betreffenden Stadt und 52000 DM an die Zeitschriftenkioske für Bildserien, deren Fortsetzungen alle 8 oder 14 Tage erscheinen. Einige Namen solcher Bildserien seien hier genannt: Tarzan, Phantom, Supermann, Akim, der Sohn des Dschungels, Fulgor, der Weltraumflieger, Jezab, der Seefahrer. Der Preis der Hefte beträgt zwischen 20 und 75 Pfennige.

Die Mitteilung dieser Tatsachen verdanken wir einem in den Mitteilungen des Volkswartbundes veröffentlichten Bericht von Hans Bunk über die „Beziehungen Jugendlicher zu Film und Bildserie“. Der Verfasser war früher Jugendleiter und hat jetzt seine Prüfungsarbeit als Kandidat für das Lehramt an den Volksschulen gemacht. In einer sorgfältigen Befragung erfuhr er von 212 Volksschulkindern und 77 Oberschülern, daß 41 % von ihnen wöchentlich einmal oder öfters ins Kino gehen. Wenn man weiß, welchen Eindruck der Film auf die Phantasie gerade der Jugendlichen machen kann, fragt man sich beim Lesen dieser Zahl unwillkürlich, ob sich denn die Eltern überhaupt noch ihrer Aufsichtspflicht über die Kinder bewußt sind. Kümmern sie sich überhaupt noch um das, was ihre Kinder mit dem gewiß nicht immer leicht verdienten Geld der Eltern anfangen? Und auch die Frage nach der Verantwortung des Staates kann nicht umgangen werden. Es hat mit Demokratie nichts zu tun, wenn der gleiche Staat, der sich recht weitgehend, oft auf Kosten des Elternrechts in die Erziehung einschaltet, in einer falsch verstandenen Freiheitsauffassung in Bezug auf den Schutz der Jugendlichen in der Öffentlichkeit des Kinos und der Straße recht nachlässig ist. Das geht aus einer Denkschrift der Katholischen Filmkommission hervor, die den Titel trägt „Stellungnahmen, Erlasse, Resolutionen, Empfehlungen und Vorschläge zur Frage der Zulassung von Filmen für bestimmte Altersstufen gemäß § 6 des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“ (zu beziehen bei der Katholischen Filmkommission, Düsseldorf, Bastionstr. 14). Die Schrift wurde allen Bundestagsabgeordneten zugeschickt. Es wird darin gezeigt, daß die augenblickliche Regelung

des Filmverbotes für Jugendliche völlig ungenügend ist. Im einzelnen fordert die Katholische Filmkommission:

1. ein Kinoverbot für Kinder unter 6 Jahren, auch wenn sie in Begleitung Erwachsener sind.
2. Ein Heraufsetzen des Alters, von dem an die für Erwachsene freigegebenen Filme besucht werden dürfen. Es soll wieder wie schon früher in Deutschland die Grenze mit 18 Jahren festgesetzt werden, während sie heute bei 16 liegt. (Dies scheint um so notwendiger zu sein, als die heutige Jugend später reif wird.)
3. Ein Heraufsetzen der Grenze für den Besuch von Jugendfilmen von 10 auf 14 Jahre.

Zu vermerken ist noch, daß auch die Evangelische Kirche das Problem des Jugendfilmbesuchs aufmerksam verfolgt. Im evangelischen Informationsdienst „Kirche und Film“ (Mai 1955) hat Pfarrer Herbert Reich (Hannover) das Buch „Film und Jugendkriminalität“ von Hans Lavies, dem Leiter des Deutschen Instituts für Filmkunde (Wiesbaden), als wertlos entlarvt. Lavies setzte sich darin zum Ziel zu beweisen, daß die Wirkung des Films auf Jugendliche völlig unbedeutend sei, da von den 140 000 zwischen 1945 und 1952 rechtskräftig abgeurteilten Jugendlichen nur bei 20 der Film als wesentlicher Faktor zur Auslösung der strafbedingenden Tat sicher oder wahrscheinlich mitbestimmend war. Reich weist dem Verfasser nach, daß sein Material lückenhaft und seine Fragestellung verbogen ist. „Die Arbeit von Lavies kann nicht überzeugen. Wertvolles steckt in der Materialsammlung, ihre Auswertung dagegen ist einseitig oder gar tendenziös, die angewandten Methoden sind unzureichend. Es ist bedauerlich, daß das „Institut für Filmkunde“ nun von vielen Seiten als Kronzeuge gegen alle die zitiert werden wird, die aus besserer Sachkunde, aus ernstgemeinter Sorge und um ihrer Verantwortung willen vor den Gefahren des Films für die Jugend warnen.“

Umschau

Wandlungen im amerikanischen Kapitalismus

Karl Marx sagte vor einem Jahrhundert den Untergang des Kapitalismus voraus. Seine Prophezeiung ist nicht so in Erfüllung gegangen, wie er es erwartete. In den Vereinigten Staaten ist die Stellung des Kapitalismus heute stärker denn je, und der Amerikaner ist überzeugt, ihm den erstaunlichen wirtschaftlichen Wohlstand zu verdanken, um den die restliche Welt Amerika bewundert und oft im stillen beneidet. Das Wort „Kapitalismus“ hat für den Amerikaner, den Arbeiter wie den Unternehmer, einen guten Klang, wobei er allerdings nur recht unscharfe Begriffe damit verbindet von freier Marktwirtschaft, die es einem Mann auch heute noch ermöglicht, sein Glück

zu machen, und von Großunternehmungen, deren Aktien man an der Börse kaufen kann und bei denen Millionen Arbeiter Verdienst und Brot finden. Kapitalismus nennt der Amerikaner im Grund sein nicht verstaatlichtes, freies Wirtschaftssystem im Gegensatz zum Sozialismus und Kommunismus, und weil er die Freiheit liebt, darum denkt er kapitalistisch.

Aber was wir in Amerika heute beobachten, ist nicht mehr der alte Kapitalismus, den Karl Marx bekämpfte. Er unterscheidet sich auch wesentlich von der unbeschränkt freien Marktwirtschaft, die ein Adam Smith und David Ricardo beschrieben. Freunde und Feinde des Kapitalismus streiten sich oft um Theorien, die nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen. Wie sieht der tatsächliche Kapitalismus heute in